Nr. 496 • Ausgabe B Nr. 222
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 496

Abend-Ausgabe

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Montag, 20. Oktober 1919
48. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die Lage Judenitsch' vor Petersburg.

Die Kapitulation von Kronstadt noch nicht bestätigt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Stockholm, 20. Oktober.

Es ist immerhin auffallend, daß die Siegesmeldungen von der Petersburger Front seit zwei Tagen ausgeblieben sind. Selbst die angebliche Kapitulation Kronstadts ist noch nicht bestätigt. Es liegt sogar ein indirektes Dementi vor, da die letzten Depeschen aus Helsingfors nur lakonisch mitteilen, daß über Kronstadt die rote Fahne wehe und die Batterien in eifrigster Tätigkeit seien. Man vermißt auch die Meldung der englischen Admiralität über den Fall von Kronstadt; sollte doch gerade die englische Flotte Kronstadt zur Kapitulation gezwungen haben. Inzwischen treffen nur Meldungen über eine in Petersburg herrschende Typhusepidemie ein und über die Rücksichtslosigkeit, mit der die Truppen der Roten Armee vorgehen. Nach einer Kopenhagener Meldung ist ein großes englisches Geschwader, das zur Verstärkung der in der finnischen Bucht operierenden Flotte unterwegs ist, in Kopenhagen eingelaufen.

In sozialistischen Kreisen Stockholms eingetroffene Privatmeldungen aus Finnland dementieren ausdrücklich den Fall von Kronstadt. Nach derselben Quelle soll die Offensive von Judenitsch zum Stehen gebracht worden sein.

Helsingfors, 19. Oktober. (W. T. B.)

Die Weiße Armee erreichte die Station Ligowo, 18 Werst vor Petersburg. Patrouillen sprengten die Eisenbahnbrücke von Tossno an der Bahnstrecke nach Moskau.

Reuter meldet amtlich: Denikin hat die Bolschewisten am 13. Oktober bei Zarizyn geschlagen. Die Kosaken überschritten den Donn und machten 1200 Gefangene. Weiter westlich nahmen sie Kalasch und Pawlowsk und machten 2150 Gefangene.

Der Rücktransport der Truppen aus dem Baltikum.

Der Rücktransport der Truppen aus dem Baltikum vollzieht sich, wie wir von zuständiger Seite erfahren, weiter planmäßig. Nachdem in den letzten Tagen die in der Etappe liegenden Mannschaften zurückbefördert worden sind, ist jetzt mit der Einwaggonierung der Fronttruppen begonnen worden. Es werden zuerst Artillerie und mehrere Radfahrerabteilungen verladen. Für den Abtransport ist im Einvernehmen mit der litauischen Regierung der Bahnhof Radeiwilischki gewählt und zur Sicherung mit deutschen Mannschaften besetzt worden.

Die Truppenzusammenziehungen der Litauer scheinen, soweit hier darüber Nachrichten vorliegen, anzudauern.

Die interallierte Kommission für das Baltikum.

Mangin Vorsitzender.

Versailles, 19. Oktober. (W. T. B.)

Laut „Intransigeant" ist General Mangin, der bis jetzt die Okkupationsarmee in Mainz befehligte, zum Mitglied der interalliierten Militärkommission für die Räumung des Baltikums ernannt worden. Er wird den Vorsitz in der Kommission führen.

Die „kleine Blockade" über die Ostseehäfen.

Die in den Ostseehäfen durch die Blockade geschaffene Lage ist unverändert. In Swinemünde traf gestern ein norwegischer Dampfer mit Heringen ein. Alle ausländischen Schiffe passieren frei. In den letzten Tagen wurden in der Ostsee auch französische Torpedoboote gesehen.

Die deutsch-österreichische Winterkoalition.

Das Koalitionsprogramm. — Die Demokratisierung der Verwaltung. — Das Fiumekompromiß. — „Ausverkauf Deutsch-Oesterreichs."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

I. Wien, 20. Oktober.

Eigentlich ist es noch immer die alte Koalition zwischen den beiden großen Volksparteien des Landes, zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen, zwischen den Vertretern der breiten Massen in den Städten und den Abgeordneten der kleinbürgerlichen Landbevölkerung, denen die 26 Vertreter des nationalen Bürgertums und der einzige Vertreter der Bürgerlich demokratischen Partei weiter als kaum bemerkbare „Opposition" gegenüberstehen. Auch an der Fassade hat sich nicht viel geändert. Aus dem Finanzministerium ist das vieldeutige japanische Gesicht des Dr. Schumpeter verschwunden, und an seiner Stelle hat Dr. Reisch, der es vom Sektionschef im Finanzministerium zum Direktor der Bodenkreditanstalt gebracht hatte, das undankbare Geschäft eines deutsch-österreichischen Finanzministers übernommen. Die Christlichsozialen haben in den Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Michael Mayer, der das Staatsamt für Verfassungs- und Verwaltungsform übernimmt, einen neuen Staatssekretär in der Regierung gewonnen, die Sozialdemokraten durch das Ausscheiden Dr. Otto Bauers einen Vertreter, noch dazu den Repräsentanten der radikalen Richtung in dem neuen Kabinett Renner verloren. Dessen ungeachtet haben aber die Sozialdemokraten noch immer die wichtigsten Aemter, das Staatsamt des Aeußern mit Dr. Renner, das Innere mit Mathias Eldersch, das Staatsamt für Heerwesen mit Dr. Deutsch in Händen. Wenn im übrigen die tief gekränkte bürgerliche Presse elf Staatssekretäre und sieben Unterstaatssekretäre für sechs Millionen Deutsch-Oesterreicher etwas reichlich findet, so kann man ihr darin nur recht geben.

Wichtiger als die Fassade sind jedoch zweifellos die Grundlagen, auf denen sich die Koalition aufbaut. Sie sind niedergelegt in dem Koalitionsprogramm, das zwischen den beiden Parteien schriftlich vereinbart worden ist. Beide Parteien betonen eifrigst, daß die Koalition zeitlich auf die harten Monate des Winters begrenzt ist, daß keine Partei etwas von ihren Grundsätzen aufgegeben habe, und daß beide Parteien sich nur im Kampf um das nackte Dasein des Volkes vereinigt haben. Aber naturgemäß ist diese Koalition auch ein Kompromiß in grundlegenden Fragen. Die sozialdemokratische Partei kann dabei einen großen Erfolg verzeichnen. Das republikanische Prinzip ist in den Koalitionsvereinbarungen erneut und mit Wirkung über die Dauer der Koalition hinaus festgelegt. Vor allem wird die Wehrmacht, an deren Aufbau im Rahmen des Friedensvertrages von St. Germain sofort geschritten werden wird, eine demokratische republikanische Armee. Ihre Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten werden zwar im vollen Genuß ihrer staatsbürgerlichen Rechte außerhalb des Dienstes am politischen Leben teilnehmen können, aber die Armee wird auf die demokratische Republik vereidigt werden, und jedes Mitglied wird sich ehrenwörtlich verpflichten müssen, an politischen Aktionen, die gegen die demokratische Republik gerichtet sind, nicht teilzunehmen. Damit wird hoffentlich den monarchistischen Treibereien vieler ehemals kaiserlicher und königlicher Offiziere, die zum Teil noch in den liquidierenden Stellen sitzen, ein Ende gemacht werden. Ueberdies bietet auch das neu entworfene Volksverratsgesetz ausreichende Möglichkeiten, der monarchistischen Propaganda mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Im übrigen aber haben die Vertreter der Sozialdemokraten ihren Koalitionsgegnern sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht. Daß man die Austragung des Kulturkampfes vertagt hat, ist politisch bedauerlich, sonst aber sehr begreiflich. Es gibt ohne Zweifel Fragen, die dringendere Beantwortung fordern. Weit bemerkenswerter sind die Vereinbarungen über die Räteorganisationen. Die Frage der Arbeiterräte wird in dem Koalitionsprogramm mit großer Zartheit behandelt, aber es fehlt trotzdem nicht an Tadel für die bisherige Tätigkeit der Arbeiterräte. Was über die künftige Stellung der Räteorganisationen gesagt wird, ist offenbar mit Absicht sehr verschwommen gehalten. Zweifellos soll der Wirkungskreis, den sich die Räte geschaffen haben, eingeengt werden. Die Haussuchungen nach Lebensmitteln, die Absperrungsmaßregeln, die Beschlagnahmen auf eigene Faust werden als Mißstände bezeichnet. In Zukunft soll die bureaukratische Verwaltung demokratisiert, sollen die Vertrauensmänner der einzelnen Bevölkerungskreise als Hilfsorgane der staatlichen zu der unmittelbaren Verwaltungstätigkeit „herangezogen" werden. Dies ist bester Rennerscher Stil, aber diese zartsinnigen Ausdrücke gehen eben um die Tatsache, daß der Kampf um die Räteorganisation auch in Deutsch-Oesterreich ein politischer Kampf ist, vorsichtig herum.

Auch das Finanzprogramm der Koalition trägt sichtbar alle Zeichen des Kompromisses. Bei der einmaligen Vermögensabgabe sollen die Abgabesätze sehr hoch sein. Sogar Herr Schumpeter hatte sich einen Ruck gegeben und wollte sich bei „Vermögen über fünf Millionen dem Satz von 65 Prozent symptomatisch nähern". Aber die Kriegsanleihen sollen mit einem Kurs in Zahlung genommen werden, der keinesfalls niedriger ist, als der Belehnungskurs von 75 Prozent. Wenn man bedenkt, daß Deutsch-Oesterreich 50 Milliarden ererbter und schätzungsweise 10 Milliarden bereits im eigenen Wirkungskreis gemachter Schulden besitzt, so wird die Koalition bei der Abbürdung der Schulden mit dieser oder einer ähnlichen

Vor der Abstimmung in Marienburg.

Unterredungen mit dem Landrat und dem Oberbürgermeister.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

F. M. Marienburg, 14. Oktober.

Läßt sich im Kreise Allenstein von den Polen noch der Schein eines Rechtsanspruches auf deutsches Gebiet dadurch aufrechterhalten, daß man die Masuren einfach zu den Polen rechnet und dadurch einen starken Prozentsatz von Polen künstlich herauskristallisiert, so fällt auch dieses Moment hier in Marienburg fort und die reine Gier nach dem Besitz der fruchtbaren, für den Eisenbahnverkehr wichtigen Landschaft tritt unverhüllt zutage. Denn das „historische Recht" — Marienburg stand zwei Jahrhunderte, bis zum Jahre 1772 unter polnischer Gewaltherrschaft, — zerfällt schon dadurch in nichts, daß nicht ein Kulturdenkmal aus der polnischen Zeit vorhanden war. Die Polen haben bei der Uebernahme Marienburgs die alte Burg zerstört, sie haben nichts für die Hebung der Stadt und des Landes getan, denn was Marienburg heute ist, das hat deutscher Fleiß und deutsche Arbeit vollbracht. Ich habe während meines Aufenthalts hier und in der Umgebung nicht ein polnisches Wort gehört, nicht ein polnisches Firmenschild gelesen. Dieselbe Erfahrung hat auch der höchste Verwaltungsbeamte des Kreises **Landrat, Oberregierungsrat v. Komel** gemacht. „Ich bin, so sagte er, seit dem 29. September 1918 im Amte. In diesen 13 Monaten habe ich — trotzdem täglich so viele Menschen aus allen Bevölkerungsschichten zu mir kommen, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter usw. — nicht ein einziges Wort Polnisch reden hören. Ebenso war es mir nicht möglich, irgendwo eine Neigung für die Polen festzustellen. Der Kreis ist durch das Machtwort der Entente in zwei Teile zerrissen worden. Der größere, etwa zwei Drittel, zwischen der Weichsel und der Nogat gelegen, fällt zum Freistaat Danzig. Der kleinere, der außer der Stadt Marienburg 41 Landgemeinden mit 30 000 Einwohnern umfaßt, bildet das Abstimmungsgebiet. In diesem Gebiete nun wohnen 97 Prozent Deutsche und drei Prozent Tschechen. Nur in einer einzigen Gemeinde, im Stubener Bezirk, in Piekel ist ein kleiner polnischer Einschlag zu beobachten. Sonst sieht und hört man nichts von den Polen. Wohl gibt es vielleicht unter den wenigen Kaufleuten, die polnische Namen tragen, einzelne, die vielleicht im Herzen polnisch sind, sie fallen aber gegenüber der geschlossenen deutschen Masse gar nicht ins Gewicht. Wenn die Polen also Anspruch auf dieses Gebiet erheben, so tun sie es, nicht weil eine polnische Bevölkerung zu „erlösen" ist, sondern aus rein wirtschaftlichen Interessen, und vor allem, weil sie Marienburg

als wichtigen Eisenbahnknotenpunkt

in Besitz bringen wollen. Man braucht nur aufs flache Land zu gehen und dort nachzufragen. Die Leute wissen gar nicht, um was es sich bei der Abstimmung handelt. Um den Verbleib beim Reiche? Sie schütteln verwundert die Köpfe. Ja, ist denn das überhaupt eine Frage? Was gehen uns die Polen an? Ebenso kann Deutschland — Spanien beanspruchen. So ist die Meinung im Lande und in der Stadt. Kein Mensch denkt auch nur daran, daß es möglich ist, daß Polen einmal hier herrscht. Und die Arbeiter? Nun, auch der unaufgeklärteste unter ihnen weiß, was ihn drüben erwartet. Sie wissen: es wäre mit einem mal mit allen sozialen Errungenschaften, dem Achtstundentag, dem Arbeiterschutz, der Kranken- und Invaliditätsversicherung und vielem anderen zu Ende. Bis das einmal in Polen eingeführt wird, werden noch Generationen vergehen. Dazu kommt, daß sie wieder in Polen die Militärpflicht erhielten, und schließlich und endlich wäre es auch mit der Freiheit zu Ende. Der polnische Großgrundbesitz und die Geistlichkeit, die die wahren Herren hier sind, werden bald mit den Arbeiterräten und ihrem Einfluß aufräumen. Die werden auch auf Tarifverträge und andere Dinge wenig Rücksicht nehmen."

Wie die Bürgerschaft von Marienburg denkt, davon gewann ich ein Bild aus der Unterredung, die ich im Anschluß an jene mit dem Landrat mit dem **ersten Bürgermeister von Marienburg, Pawelcek**, hatte. Der Bürgermeister ist von den Polen, in der Absicht, Unfrieden zwischen den Deutschen zu stiften, zu Beginn der Agitation als einer der ihren bezeichnet worden. Die polnischen Agenten verbreiteten geflissentlich die Mär, daß der Bürgermeister mit 200 Kaufleuten sich für die Abstimmung für Polen erklärt habe. Herr Pawelcek parierte aber in einer öffentlichen Erklärung, in der er sein Deutschtum scharf betonte, diesen gegnerischen Schachzug.

Ueber die Stimmung in der Bevölkerung befragt, sagte mir der Bürgermeister:

„Es ist nicht zu leugnen, daß nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen die Stimmung eine wankelmütige wurde. Aber es hat sich jetzt die Ueberzeugung durchgerungen, daß Marienburg nur durch seinen Verbleib beim Reiche seine bisherige Blüte erhalten kann. Die Stadt hat im Verhältnis zu ihrer Größe eine diese Größe übersteigende Bedeutung, die in der Hauptsache auf der großen Kaufkraft der Umgebung beruht. Nun wird ein großer Teil des Kreises abgetrennt, der östliche Teil gravitiert wieder nach Elbing, und das gab anfangs Anlaß zu Befürchtungen. Nun aber hat man erkannt, daß, wenn wir bei Deutschland bleiben, uns daraus mannigfache Vorteile erwachsen. Gerade die künftige Stellung als Grenzstadt, ebenso der Umstand, daß Marienburg das Einfallstor nach Ostpreußen und dadurch ein wichtiger Verkehrspunkt wird, steigert die Bedeutung der Stadt und garantiert ihren Aufschwung. Auch im Reiche hat man die Wichtigkeit der Stadt erkannt; es werden Vorbereitungen getroffen, zahlreiche Beamte hierher zu versetzen und die Aemter zu vergrößern. Die einigen hundert Polen, die in der Stadt sind, kommen gegenüber den 20 000 Deutschen gar nicht in Betracht. Es ist ganz ohne Zweifel, daß

die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt.

Deshalb ist die Tätigkeit des Heimatdienstes und des deutschen Volksrates auch eine mehr organisatorische als agitatorische, wenn auch streng Wache gehalten wird. Es scheint auch, als legen die Polen selbst nicht viel auf eine Zuwanderung ihrer Stammesgenossen, denn man merkt verhältnismäßig wenig davon, daß Polen hier in der Gegend Grundstücke ankaufen. Jedenfalls verändert sich die Bevölkerung nicht zu ungunsten der Deutschen."

Die Besetzung von Oberschlesien, Schleswig und Memel.

(Telegramm.)

Paris, 19. Oktober. (W. T. B.)

Der Oberste Rat verfügte über die Inkraftsetzung des Vertrages und bestimmte, in welcher Stärke die zu erfolgende Besetzung von Oberschlesien, Schleswig und Memel durch die einzelnen alliierten Truppen vorgenommen werden soll. Er regelte die militärischen Maßnahmen in bezug auf die Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen und deren sofortige Besetzung durch die Alliierten, die im Augenblick des Inkrafttretens des Vertrages zu treffen sind. Der Rat setzte die Form der Niederlegungsprotokolle und der Ratifikation fest, welche erst erfolgen soll, wenn die vorgesehenen militärischen Maßnahmen ausgeführt werden können.

Der Oberste Rat der Alliierten genehmigte den Bericht des redaktionellen Ausschusses betreffend die Aufnahme gewisser juristischer Bestimmungen in den mit Ungarn abzuschließenden Friedensvertrag, die dem Verlangen Italiens entsprechend, den Verzicht Ungarns auf die Güter der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie umfassen, auf die Ungarn ein Anrecht hatte und die Italien abgetreten wurden.